



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Sebastian Körber, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

### **Wohneigentum fördern und schützen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Steuerfreiheit der ersten, selbstgenutzten Immobilie bei der Grunderwerbsteuer einzusetzen und sich gleichzeitig gegen die Einführung eines generellen Mietendeckels auszusprechen.

### **Begründung:**

In den Markt stark eingreifende Maßnahmen wie der viel diskutierte Mietendeckel werden nicht dazu beizutragen, dass mehr, schneller und insbesondere günstiger gebaut wird. Stattdessen sollte die Anfangsfinanzierung spürbar erleichtert und die Kaufnebenkosten für eine Immobilie reduziert werden. Daher soll die Staatsregierung sich für eine Steuerfreiheit der ersten, selbstgenutzten Immobilie bei der Grunderwerbsteuer einsetzen. Für viele Menschen ist es heute schlicht unmöglich, Wohneigentum zu erwerben und das, obwohl Eigentum der beste Schutz vor Altersarmut ist.

Laut den Ergebnissen des Mikrozensus gab es in Bayern im Jahr 2018 etwa 5,6 Mio. bewohnte Wohnungen. Dabei wurden rund 2,88 Mio. Wohnungen von Eigentümern bewohnt. Die Wohneigentumsquote liegt somit, wie bereits seit dem Jahr 2010, nahezu unverändert bei etwa 51 Prozent. Der Wohnraumstudie 2019 der Interhyp AG zufolge, wünschen sich 66 Prozent aller Mieterinnen und Mieter Eigentum. 38 Prozent gaben jedoch an, nicht die erforderlichen finanziellen Mittel aufbringen zu können. Obwohl die anhaltende Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank für äußerst günstige Finanzierungsmöglichkeiten sorgt, ist der Erwerb einer Immobilie für viele Personen nicht möglich. Dies wird auch anhand der Anzahl an Baugenehmigungen und Baufertigstellungen deutlich. Seit dem Höhepunkt der Bautätigkeit in den 1990er Jahren ging die Zahl der Baugenehmigungen und Baufertigstellungen von Wohnraum in Bayern kontinuierlich zurück. In den letzten beiden Jahren wurde die Zielmarke von 70.000 neuen Wohneinheiten in Bayern um jeweils knapp 10.000 verfehlt.